



Koffern anrücken: Finanzdirektor Markus Dieth.

Bild: Britta Gut

Rechnung 20: Parteien einverstanden mit Reservenbildung

Reaktionen Der auf den ersten Blick erneut erfreuliche Rechnungsabschluss sei wiederum wegen ausserordentlicher Einnahmen zustande gekommen und täusche «über die andauernde Misere hinweg», kritisiert die SVP die Rechnung 2020. Die diversen Programme der vergangenen Jahre, welche die Staatsausgaben hätten senken sollen, zeigten immer noch keine Wirkung. Der Aufwand sei gar erneut gestiegen. Die SVP ist aber einverstanden, den Überschuss vorerst in die Ausgleichsreserve zu legen, und fordert tiefere Steuern für Private und Wirtschaft.

Demgegenüber ist die SP «verhalten erfreut». Das Ergebnis zeige aber «einmal mehr eine verfälschte Sicht der Dinge, die sich durch gewichtige Sondereffekte ergibt». Die SP ist dafür, den Überschuss in die Ausgleichsreserve zu legen. Präsidentin Gabriela Suter sieht aber «in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Soziales sowie Umwelt grossen Handlungsbedarf». Die von den Bürgerlichen angestrebte Steuersenkung für Firmen und die Erhöhung der Versicherungsabzugs sei «verantwortungslos», so die SP.

Erfreut ist die FDP. Sie begrüsst den Schuldenabbau um 107,1 Millionen Franken. Es wäre aber noch mehr möglich gewesen, die Ausgleichsreserven seien hoch, so die Liberalen. Daher fordern sie umgehend Massnahmen, um die Standortattraktivität zu fördern. Grossrat Silvan Hilfiker: «Der Staat soll nicht Vermögen anhäufen.» Die Gewinnsteuersätze seien so zu senken, dass der Kanton Aargau diesbezüglich künftig im vorderen Mittelfeld steht.

Das verlangt auch die Aargauische Industrie- und Handelskammer. Sie ist über das sehr gute Ergebnis erfreut «und fordert angesichts dieser finanzpolitischen Ausgangslage erst recht, die Gewinnsteuern zu senken und die Unternehmen zu entlasten».

Zur Stabilisierung des Finanzhaushaltes brauche man Planungssicherheit und Handlungsspielraum, schreibt Die Mitte. Auch sie erwartet, dass sich die Auswirkungen der Pandemie erst ab diesem Jahr in den kantonalen Finanzen niederschlagen werden. Grossrat Ralf Bucher fordert, «dass der Kanton den durch die Coronakrise betroffenen Unternehmungen stärker entgegenkommt. So soll die Umsatzrückgangsschwelle für Firmen von 25 auf 20 Prozent reduziert werden.»

Es sei absehbar, dass künftig die Steuereinnahmen die budgetierten Werte nicht erreichen werden, schreiben die Grünen. Bereits zeichne sich ab, «dass wir künftig mehr investieren müssen in Fachkräfte der Pflegeberufe und in eine höhere Selbstversorgung im Bereich der Impfstoffe und Schutzmaterialien». Die Grünen fordern Zusatzinvestitionen zur Bewältigung der Klimakrise. Eine Senkung der Gewinnsteuer zeuge von «einer krassen Fehleinschätzung der Finanzlage».

Die GLP schreibt: «Nun gilt es, gezielt zu investieren, um einem Konjunkturreinbruch etwas entgegenzuwirken und unseren Kanton fit für die Zukunft und die Herausforderungen im Klimabereich zu machen.» Deshalb solle man jetzt nicht zusätzliche Schulden abbauen. Die GLP will einen antizyklisch agierenden Staat und den Überschuss in die Ausgleichsreserve legen.

Erfreut zeigt sich die EVP. Sie hebt aber sogleich den Mahnfinger und schreibt: Die EVP unterstützt die Zuweisung des Überschusses in die Ausgleichsreserve. Sie lehnt aber die bürgerlichen Begehren nach Steuersenkungen im Umfang von jährlich 138 Millionen Franken ab. (mku/cr)

kampagne sowie weitere Massnahmen mit einem vergleichbaren Mehraufwand wie 2020. Aber das ist natürlich eine unsichere Prognose. Die Frage ist letztlich, ob wir die Herausforderungen durch unvorhergesehene Mehrerträge kompensieren können oder ob wir auf die vorhandene Ausgleichsreserve zurückgreifen müssen und können.

Wie schlimm könnte 2021 werden?

Auf der einen Seite haben wir Risiken wegen Covid-19 (Härtefallregelung, Abgeltung Spitäler und mehr), was einen dreistelligen Millionenbetrag ausmachen könnte. Auf der anderen Seite werden uns Sondereffekte wie die höhere SNB-Ausschüttung einen Rückhalt geben. Mit der Ausgleichsreserve könnten wir auch ein grosses Defizit – falls nötig – kurzfristig auffangen.

In den USA sollen alle mit einem Einkommen unter 75 000 Dollar je 1400 Dollar bekommen. Sollte es auch im Aargau zur Konsumankurbelung je 1000 Franken geben?

Die Systeme USA und Schweiz lassen sich nicht vergleichen. In den USA sind die Sozialversicherungssysteme viel weniger gut ausgestattet als in der Schweiz. Bei uns ist eine solche Geldverteilung nach dem Giesskannenprinzip nicht angezeigt. Wir sollten gezielt und sparsam mit den Steuergeldern umgehen und viel eher gute Rahmenbedingungen schaffen und qualitativ gute staatliche Leistungen bereitstellen.

Wirtschafts- und damit auch Steuerprognosen für das Jahr 2021. Ob wir diese Entnahme Ende Jahr brauchen oder nicht, hängt sehr stark vom weiteren Verlauf der Covid-19-Pandemie und der damit verbundenen Mehrausgaben, aber auch den Mindereinnahmen bei den Steuern ab.

Mit wie viel Covid-19-Mehrausgaben rechnen Sie dieses Jahr?

Bei der Erstellung des Budgets im November 2020 wurden bereits Steuerzufälle von rund minus 120 Millionen Franken für 2021 eingestellt. Die von Covid-19 bedingten Mehrausgaben, zum Beispiel für die Härtefallmassnahmen an Unternehmen oder weitere Unterstützungsleistungen für die Spitäler, sind nicht budgetiert.

Und wie viel Firmensteuern verlieren Sie 2021 wegen Covid-19?

Ohne Coronapandemie wäre im 2021 ein Wachstum der Steuereinnahmen zu erwarten gewesen. Nun rechnen wir bei den Kantonssteuern wie erwähnt aktuell mit einem Rückgang von rund 120 Millionen Franken. Davon sind rund 50 Millionen Franken auf die juristischen Personen zurückzuführen. Das ist eine vorsichtige Prognose und natürlich sehr unsicher.

Mit welchen Mehrkosten rechnen Sie wegen Covid-19 dieses Jahr?

Für 2021 rechnen wir mit Blick auf die Härtefallmassnahmen, die Entschädigung der Spitäler, die laufende Impf-

Fahrländer

Rein in die Kernenergie?

Das war wieder mal ein spannendes Zusammentreffen von Ereignissen und Medienberichten. Zunächst: Analysen zum zehnten Jahrestag des Nuklearunfalls von Fukushima. In der NZZ empfahl der in Obersiggenthal wohnhafte Horst-Michael Prasser, soeben emeritierter ETH-Professor für Kernenergiesysteme, die nukleare Energiegewinnung trotz des Unfalls in Japan nicht vollständig abzuschreiben. Denn wir brauchten sie, um die ambitionierten Klimaziele und die Reduzierung fossiler Energieträger zu erreichen.

Wenige Tage später legt die Aargauer Regierung ihren Fünfjahresbericht über die Klima- und Energieperspektiven vor. Schlagzeile: «Der Aargau muss neue erneuerbare Energie mehr als verdreifachen». Doch davon sind wir weit entfernt. Eine Volksmehrheit ist, wie die Ablehnung des Energiegesetzes zeigt, nicht bereit, für saubere Energie mehr Geld auszugeben. Zwar sinkt im Moment der Stromverbrauch pro Kopf, doch durch die Substituierung von fossilen Brennstoffen beim Heizen und in der Mobilität wird er wieder ansteigen. Und Solarstromgewinnung ist wetterabhängig, Windstromanlagen sind politisch umstritten. Aber zum Glück haben wir ja noch die Kernenergie.

Eben. Noch. Doch der Schweizer Weg ist vorgezeichnet. Raus aus der Kernenergie. Im Aargau

war er zwar nie wirklich mehrheitsfähig. Obwohl eine Aargauer Bundesrätin ihn initiiert hat. Schliesslich haben wir ja alle Öfen hier bei uns. Und es passiert uns nichts. Im Gegenteil, die Kernanlagen bringen uns Arbeitsplätze. Trotzdem. Die Kernenergie hat schlechte Karten, Neubauten sind exorbitant teuer, ein Kraftwerksbetrieb ohne nukleares Restrisiko ist vorderhand (und vielleicht für immer) nicht realisierbar. Sogar Professor Prasser sagt in der NZZ, er wolle «nicht in einen heiligen Krieg für die Kernenergie ziehen».

Wir haben offensichtlich ein Problem. Ich kenne die Lösung auch nicht. Ich kann nur davor warnen, den Kopf in den Sand zu stecken. Alle Berechnungen, wir hätten nach der Abschaltung der Kernkraftwerke nichts zu befürchten, weil ja die Erneuerbaren vor der Tür stünden, basieren auf einem gewaltigen politischen Kraftakt und auf der Einsicht und der Bereitschaft des Volkes, für saubere Energiegewinnung mehr zu bezahlen. Doch wie gesagt: Davon sind wir weit entfernt.



Hans Fahrländer
hans.fahrlaender@chmedia.ch

Frau im Spital verstorben – Ehemann ist in U-Haft

Dem 46-jährigen Schweizer aus Schafisheim wird vorgeworfen, seine Ehefrau getötet zu haben.

Tötungsdelikt Es war die Tochter, die kurz vor 1 Uhr in der Nacht auf Freitag zum Telefonhörer griff und die Polizei alarmierte. Ihre Eltern hätten wieder einmal gestritten und es sei etwas Schlimmes passiert. Im Einfamilienhaus in Schafisheim fanden die Einsatzkräfte die Ehefrau leblos im Bett. Der Sanität gelang es, die 44-jährige Kosovarin wiederzubeleben. Sie brachten sie ins Spital. Ihr Ehemann, ein 46-jähriger Schweizer, liess sich widerstandslos festnehmen. Seither ist gut eine Woche vergangen.

Am Freitag teilte die Staatsanwaltschaft mit, dass die Frau

mittlerweile im Spital verstorben sei. Gemäss Oberstaatsanwalt Daniel von Däniken ist eine Obduktion der Leiche angeordnet worden. «Zur Todesursache können wir daher aus nachvollziehbaren Gründen keine Angaben machen», so von Däniken.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt inzwischen wegen vollendeter statt versuchter Tötung. Für den beschuldigten Ehemann bewilligte das Zwangsmassnahmengericht vorerst eine Untersuchungshaft für die Dauer von drei Monaten. Zum Tathergang oder zu einem möglichen Motiv macht von Däniken ebenfalls keine Aussagen. (az)

Aus-/Weiterbildung

NEUE SCHULE ZÜRICH
seit 1942

Ziel Matura

Gymnasium | Sekundarschule A
Mittelschulvorbereitung → www.nsz.ch

...von der 1. Sek bis zur Matura